

Macht in der Mitte. Über die Aufgaben Deutschlands in Europa¹

Herfried Münkler (Berlin)

herfried.muenkler@sowi.hu-berlin.de

<https://orcid.org/0009-0000-6109-4117>

Abstract. Die Europäische Union ist spätestens seit den zwei Runden der Osterweiterung überdehnt. Überdehnung ist in zweifacher Hinsicht zu verstehen: entweder der in einem politischen Verband integrierte Raum ist zu groß oder die Zentrale, die den Raum organisiert, ist zu schwach. Die Folge dessen sind starke zentrifugale Kräfte, was eine Macht des Zentripetalen erforderlich macht. Nach Lage der Dinge kann in der EU nur Deutschland die Rolle als „Macht in der Mitte“ übernehmen, sowohl von seiner geografischen Lage her, von seiner wirtschaftlichen Potenz als bei weitem größte Volkswirtschaft in der EU und dementsprechend als größter Beitragszahler sowie schließlich auch als das bevölkerungsreichste Land der Union. Aber die Bundesregierung ist, um die mit der Zentripetalitätsfunktion verbundenen Aufgaben wahrnehmen zu können, auf Kooperation angewiesen, und dazu bietet sich das Weimarer Dreieck, bestehend aus Frankreich, Deutschland und Polen an, gegebenenfalls noch Italien als Vertreter der Südstaaten in der EU. Die jüngste Bedrohung der EU durch das Russland Putins und deren Erpressung durch US-Präsident Trump machen eine energische Führung Europas zwingend.

Centered Power: On the responsibilities of Germany within Europa

The European Union has been overstretched at least since the two rounds of eastern enlargement. *Overstretch* can be understood in two ways: either the territory integrated within a political entity becomes too large, or the central authority responsible for organizing this space is too weak. The consequence is the emergence of strong centrifugal forces, which in turn necessitate a countervailing centripetal power. Given current conditions, only Germany can assume the role of a “power in the center”, owing to its geographical position, its economic strength as by far the largest economy in the EU and thus its status as the largest net contributor, and finally its position as the Union’s most populous member state. However, in order to fulfill the tasks associated with a centripetal function, the German government depends on cooperation. The Weimar Triangle – comprising France, Germany, and Poland – offers itself as a suitable framework, potentially supplemented by

1 Es handelt sich um eine aktualisierte und leicht modifizierte Fassung der Einleitung zum 2015 bei der edition Körber-Stiftung (Hamburg) publizierten Essay *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*.

Italy as a representative of the EU's southern member states. The recent threats to the EU posed by Putin's Russia and the pressures exerted by U.S. President Trump make resolute European leadership imperative.

Keywords: (Gemeinsame) Außen- und Sicherheitspolitik, Deutsche Einheit, Europäische Integration, Migration, politische Spaltungen, Regionalmacht Europa, Zentrifugalkräfte | Foreign and Security Policy, German Unification, European Integration, Migration, Political Polarization, Europe as a Regional Power, Centrifugal Forces

Über die Eurokrise und die Frage, wie ihr am besten beizukommen sei, über die Brüsseler Bürokratie und ihre mitunter kleinkarierten Verordnungen sowie das notorische Demokratiedefizit der Europäischen Union ist im letzten Jahrzehnt viel geklagt und geschrieben worden,² und dem ist schwerlich etwas Neues hinzuzufügen. Hier soll es vielmehr um die inneren Verhältnisse der Europäischen Union gehen, um die Spannungen zwischen den Mitgliedern und die drohenden Spaltungen innerhalb der EU. Dabei ist im Gefolge der Eurokrise, im Unterschied zu dem, was im Rückblick auf die europäische Geschichte zu erwarten wäre, nicht das Verhältnis zwischen Osten und Westen, sondern das zwischen Norden und Süden zum Problem geworden. Mittlerweile ist im Zuge der Positionierung der sog. Visegrád-Staaten zur Migrationsfrage jedoch auch die Ost-West-Achse im Spannungsfeld prägnanter hervorgetreten. Die Bruchlinie zwischen Norden und Süden dreht sich wesentlich um fiskalische Fragen; die zwischen Westen und Osten um das Problem der Gewaltenteiligkeit und die Rolle einer freien und unabhängigen Presse im Spiel der politischen Kräfte. In beiden Bereichen spielen die Populisten als Verstärker der zentrifugalen Kräfte eine bedeutende Rolle – und das erst recht, seitdem Donald Trump in den USA Journalisten unter Druck setzt, das zu veröffentlichen, was er hören will, womit die Verteidiger der Pressefreiheit in Europa bei gleichzeitiger Regulierung von Internetplattformen auch noch von außen unter Druck geraten sind, während ihre Widersacher in Europa auf Trump als ihr Vorbild und ihren Unterstützer vorweisen können. Die Frage lautet also: Wie kann Europa zusammengehalten werden, und welche Aufgabe kommt dabei Deutschland als der Macht in der Mitte zu?

Aus einem Frontstaat des Kalten Krieges bzw., um genau zu sein: aus zwei Frontstaaten, einem des Westens und einem des Ostens, ist Deutschland im

2 Dazu unter anderem Enzensberger (2011): *Sanftes Monster Brüssel*, Krastev/Holmes (2019): *Das Licht, das erlosch*, Manow (2018): *Politische Ökonomie des Populismus* und van Middelaar (2021): *Das europäische Pandämonium*.

zurückliegenden Vierteljahrhundert zu einer Macht in der Mitte des EU-Raums geworden, zu einem Land, das erstmals in seiner Geschichte zu allen seinen Nachbarn freundschaftliche Beziehungen pflegt und in aller Ruhe einkassiert hat, was wir als „Friedensdividende“ zu bezeichnen uns angewöhnt haben. Der Begriff allein zeigt, dass die politische Publizistik nach wie vor von einem Normal- oder Regelzustand ausgeht, in dem aufgrund offener oder latenter Spannungen zu einem der Nachbarn oder eben aufgrund einer allgemeinen und diffusen Wahrnehmung von Bedrohung in erheblichem Umfang Ressourcen für militärische Zwecke aufgewendet werden. Wo das nicht der Fall ist, fällt eine Extradividende an, die unmittelbar in die Wohlstandssteigerung eingeht und in der Regel unmittelbar konsumiert wird. In diesem Zustand befand sich Deutschland über mehr als zwei Jahrzehnten, und Politik wie Gesellschaft sind wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass das auch so bleiben wird. Dass diese Erwartung – wenngleich wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und dem Erfordernis einer europäischen Verteidigungsfähigkeit zukünftig in sehr viel geringerem Maße als in den letzten zwei Jahrzehnten – realisiert werden kann, hängt ganz entscheidend von der Macht in der Mitte ab. Ihr obliegt es, Europa zusammenzuhalten, den immer wieder neu auftretenden Zentrifugalkräften entgegenzuwirken, Interessendivergenzen abzubauen und Ausgleichsprozesse zu moderieren. Dieses Zusammenhalten ist zuletzt schwieriger geworden, weil Putin und Trump ein Interesse an der Schwächung der EU haben. Putin aus politischen, Trump aus ökonomischen Gründen.

Das ist eine Aufgabe, die von der Politik Weitsicht und Fingerspitzengefühl, mitunter auch Entschlossenheit, in der Regel aber große Geduld und Gelassenheit abverlangt. In der Politik werden immer wieder Fehler gemacht, aber die Macht in der Mitte ist ein Akteur, der sich das am wenigsten leisten kann. Das ist eines der definitorischen Merkmale dessen, was hier als Macht in der Mitte bezeichnet wird: eine im Vergleich zu allen anderen Akteuren des politischen Raumes reduzierte Fehlertoleranz. ‚Macht in der Mitte‘ ist also mehr als eine bloß geographische Bezeichnung; es ist eine politische Position, in der sich erhöhter Einfluss mit gesteigerter Verantwortung verbindet, in der ein Mehr an Macht mit einem Mehr an Verpflichtung zusammenkommt. Entgegen dem, was der Begriff „Friedensdividende“ nahelegt, ist es also keine Position, in der man sich dauerhaft aufs Konsumieren der günstigen Lage im Raum und der glücklichen Umstände in der Zeit verlegen kann, sondern in der man unausgesetzt in die Aufrechterhaltung dieser Rahmenbedingungen investieren muss. Das ist jedoch der politischen Öffentlichkeit in Deutschland nicht hinreichend bewusst: In breiten Kreisen wird Mitte als etwas begriffen, das man in aller Ruhe genießen kann, und

das tut man umso mehr, je stärker man sich aus den Problemen der Umgebung heraushält. Die geographische Lage in der Mitte birgt in sich die Gefahr eines politischen Biedermeier, einer Mischung aus geopolitischem Provinzialismus und machtpolitischer Ignoranz.

Tatsächlich ist jedoch das Gegenteil einer Konzession zur Verbiedermeierlichung seit einiger Zeit vorherrschend: Die mit mangelnder Konkurrenzfähigkeit gepaarte Überschuldung der südlichen Länder Europas und das Erfordernis, dies zu ändern, um die Zentrifugalkräfte zu begrenzen und die Position Europas in der globalen Ökonomie zu behalten, haben dies ebenso sichtbar gemacht wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, in verdeckter Form seit 2014, offen und umfassend seit 2022 oder der Krieg in der Levante, zuletzt der im und um den Gazastreifen, mit denen die Europäer an ihrer Peripherie konfrontiert sind. Die Macht in der Mitte, so ein weiteres definitorisches Merkmal, muss permanente Anstrengungen unternehmen, um den politischen und wirtschaftlichen Raum, dessen Mitte sie ist, in der Balance zu halten und dem Einwandern von Krisen aus der Peripherie entgegenzuwirken. Was das heißt und wie das vonstattengehen kann, das sind Fragen der sich wandelnden politisch-kulturellen Geographie Europas, innerhalb der Deutschland seine Rolle erst noch finden muss. Einige Schritte, die dabei inzwischen gegangen worden sind, verdienen indes der Erwähnung: die Verlagerung eines Truppenkontingents der Bundeswehr nach Litauen (seit Januar 2017), um die Verteidigungsbereitschaft der Nato im Baltikum gegen russische Drohungen zu unterstreichen, aber auch die militärische Beteiligung an den Stabilisierungsmissionen in Mali, also in der Sahelzone, um Solidarität mit den dort engagierten Franzosen zu zeigen, und jetzt die Unterstützung der Ukraine bei ihrer Selbstbehauptung gegen Russland.³ All das zusammengenommen, Baltikum und Sahelzone, Ukraine und die Fragen der Luftverteidigungen mit den jeweils sehr unterschiedlichen Anforderungsprofilen, zeigt die genaue Gegenseite zur Versuchung des politischen Biedermeiers: eine Rundum-Aufmerksamkeit, die einen anderen Typ von Engagement erforderlich macht, als das bei der Fokussierung auf eine präzise definierte Herausforderung bzw. einen bestimmten Gegner der Fall ist.

Es kommt noch ein weiteres hinzu, nämlich das im europäischen Rahmen herausragende Engagement Deutschlands bei der Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise im Jahre 2015/16. Von vielen Kommentatoren ist die Entscheidung der deutschen Regierung, im September 2015 *nicht* die Grenzen zu Österreich (und anschließend zwangsläufig auch zu weiteren EU-Ländern) zu schließen, sondern

3 Zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr vgl. den Beitrag von Gunter Heydemann in diesem Band: „A reluctant player?“

sie offen zu lassen, als Ausdruck entweder einer spezifisch deutschen Schuld- und Schamkultur oder als Folge einer naiven und leichtsinnigen Willkommenskultur gewertet worden, und tatsächlich hat die Berliner Regierung ihre Politik nach innen als eine der Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit kommuniziert. Das war sie sicherlich auch – aber sie war dies eben nicht ausschließlich, sondern in ihr kamen auch geopolitische Überlegungen zum Ausdruck, in denen es um die gefährdete politische Stabilität auf dem Balkan und letzten Endes um die Zukunft der Europäischen Union ging.

Um das nachzuvollziehen, muss man sich auf das Gedankenexperiment einlassen, was denn die Folgen gewesen wären, wenn im Anschluss an eine deutsche Grenzschiebung auch Österreich und Ungarn sowie Kroatien ihre Grenzen für die Flüchtlinge und Migranten geschlossen hätten: Eine halbe Million dieser Migranten (wahrscheinlich mehr) hätten sich dann zwischen Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo und Griechenland gestaut, und die europäischen Länder hätten sich über Monate gestritten, wer welches möglichst kleine Kontingent aufnimmt. In dieser Zeit wäre ein Zusammenbruch der noch immer labilen Balkanstaaten zu befürchten gewesen, das wirtschaftlich und finanziell angeschlagene Griechenland eingeschlossen, mit einiger Wahrscheinlichkeit wäre der zu Beginn des 21. Jahrhunderts beendete Bürgerkrieg in diesem Raum, von Bosnien bis Nordmazedonien, wieder aufgeflammt, und die europäischen Zentrifugalkräfte hätten von Tag zu Tag größere Macht gewonnen. Was kaum einer der damaligen Kommentatoren begriffen hat: durch die Nutzung des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland hat die Merkel-Regierung ein gesamteuropäisches Problem entschärft, Zeit gewonnen, um den EU-Türkei-Deal abzuschließen, und schließlich die Integrationsprobleme tendenziell im Alleingang für ganz Europa auf sich genommen. Die deutsche Regierung hat unter dem Eindruck dieser Herausforderung tatsächlich als „Macht in der Mitte“ agiert.⁴

Dass die Bundesrepublik Deutschland die Position einer Macht in der Mitte im politisch verfassten Europa einnimmt, ist das Ergebnis von Veränderungen, die sich in den zwei zurückliegenden Jahrzehnten vollzogen haben, die aber selten einen solchen Ereignischarakter hatten, dass man sie sofort registriert hätte. Dazu gehört als Erstes die in zwei Beitrittsrunden erfolgte Osterweiterung der EU, in deren Folge Deutschland in die geographische Mitte des politisch verfassten Europa gerückt ist. Das hätte an sich keine größere Bedeutung gehabt, wenn nicht parallel dazu ein allmählicher und zuletzt abrupter Rückzug der USA aus der si-

4 Dazu ausführlich Münkler/Münkler (2016): *Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft*

cherheitspolitischen Verantwortung für Europa stattgefunden hätte. Das politische und militärische Disengagement der USA in Europa hat aus der geographischen eine geopolitische Mitte werden lassen. Das aber lässt, sobald es in dieser Form ausgesprochen worden ist, alle Alarmglocken schrillen, denn Deutschland hat sich in der Vergangenheit schon einige Male in der Position einer solchen geopolitischen Mitte befunden – und das ist in der Regel weder ihm selbst noch dem europäischen Raum in seiner Gesamtheit gut bekommen. Über die Macht in der Mitte kann also nicht gesprochen werden, ohne dass intensiv über die europäische Geschichte sowie über Theorie und Praxis der Geopolitik nachgedacht wird⁵.

Als die Blockkonfrontation zu Ende ging, war gelegentlich davon die Rede, Europa werde nun nach einer längeren Phase der Absenz wieder zur Weltmacht aufsteigen und eine dementsprechende Rolle spielen. Daraus ist jedoch nichts geworden, und man kann davon ausgehen, dass sich an der europäischen Verweigerung gegenüber der Rolle einer globalen Supermacht nichts ändern wird.⁶ Aber die Europäer werden früher und in höherem Maße, als das vor Kurzem noch zu erwarten war, für die politische und soziale Stabilisierung ihrer Peripherie zu sorgen haben, und diese Herausforderung wird sie gänzlich in Anspruch nehmen. Sie betrifft die Mitgliedstaaten der EU freilich in unterschiedlichem Maße und auf unterschiedliche Weise – wenngleich das erpresserische Agieren des belarussischen Machthabers Lukaschenko, Migrationsströme gegen die lettische, litauische und polnische Grenze zu lenken, zuletzt gezeigt hat, dass Migration kein exklusives Problem der südeuropäischen Länder ist. Ein gemeinsames europäisches Handeln ist indes weiterhin alles andere als selbstverständlich. Allein deshalb ist es eine der großen Aufgaben, die sich für die Macht in der Mitte stellen, die Europäer auf eine gemeinsame Linie zu bringen und für eine gesamteuropäische Solidarität gegenüber den Mitgliedstaaten zu sorgen, die den Bedrohungen aus der Peripherie in besonderer Weise ausgesetzt sind. Nur wenn das gelingt, wird die Europäische Union als regionale Ordnungsmacht auftreten können. Das ist die Aufgabe, der sich das politisch verfasste Europa stellen muss, wenn es in den nächsten Jahren nicht scheitern soll. Die Rolle einer regionalen Ordnungsmacht ist etwas anderes als die einer Weltmacht, doch mit der relativ sinkenden Macht der USA dürfte die Weltordnung des 21. Jahrhunderts darauf hinauslaufen, dass mehrere solcher regionalen Ordnungsmächte in sektoraler Form unterhalb der Vereinten Nationen und den seltener als in der Vergangenheit als Weltpolizist auftretenden USA

5 Dazu ausführlich Münkler (2023): *Welt in Aufruhr* und Münkler (2025): *Macht im Umbruch. Deutschlands Rolle in Europa*.

6 Dazu Sloterdijk (1994): *Falls Europa erwacht* und Sheehan (2008): *Kontinent der Gewalt*, S. 241ff.

dafür sorgen, dass Konflikte nicht eskalieren und Kriege, wenn sie denn nicht zu beenden sind, regional begrenzt bleiben.⁷

Auch dabei kommt Deutschland als der europäischen Macht in der Mitte eine gewichtige Rolle zu. In den tastenden Überlegungen, die während der 1990er Jahre zur Frage der politischen Mitte und ihrer Bedeutung für Europa angestellt wurden,⁸ gab es noch keine Vorstellung davon, welches politische Gewicht der Mitte innerhalb Europas zukommen und welche Bedeutung diese Mitte für den Zusammenhalt der Europäischen Union erlangen würde. Die Probleme und Verwerfungen, mit denen die EU in den zurückliegenden Jahren konfrontiert wurde, sind nicht oder nur unzureichend antizipiert worden. In der Regel hat man die Entwicklung des kleinen „Europa“ der 1960er und 1970er Jahre extrapoliert und allenfalls damit gerechnet, dass es nach Phasen eines beschleunigten Fortschritts auch solche des Stillstands geben werde, wie das auch in der Vergangenheit immer wieder der Fall gewesen ist. Mit der Drohung von Rückschlägen oder gar eines Zerfalls wurde nicht gerechnet, und deswegen hat man sich auch keine Gedanken über die Rolle einer Macht in der Mitte gemacht. Die Entstehung einer Macht in der Mitte ist eine Folge dessen, dass es zu den – zumindest zeitweilig als Ziel der politischen Entwicklung angesehenen – „Vereinten Staaten von Europa“ nicht gekommen ist und entgegen den Erwartungen einiger Beobachter⁹ vorerst wohl auch nicht kommen wird.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Die unterschiedlichen politischen Traditionen und die damit verbundenen kollektiven Erinnerungen, die auf eine Fortführung des Nationalstaatsprojekts hinauslaufen, sind das eine.¹⁰ Die sozialstrukturellen Divergenzen, die – im Unterschied zu den USA – mit starken Regulations- und Steuerungserwartungen an den Staat verbunden sind, sind das andere. Es ist festzuhalten, dass die sozioökonomische Konvergenz, die in Europa zeitweilig zu beobachten war, seit 2008 zum Stillstand gekommen ist.¹¹ Im Zuge der Fiskal- und Wirtschaftskrise in den südeuropäischen EU-Ländern sind vielmehr die Divergenzen wieder größer geworden. Die Briten haben die EU verlassen, nachdem diese nicht bereit war, die an sie von früheren Londoner Regierungen übertragenen Befugnisse zurückzugeben, was zu einer politischen Schwächung der Union geführt hätte. Der Streit mit Polen und Ungarn um Fragen

7 Dazu ausführlich Münkler (2021): „Eine Weltordnung ohne Hüter“.

8 Vgl. Schwarz (1994): *Die Zentralmacht Europas* und Schmierer (1996): *Mein Name sei Europa*, S. 156ff.

9 Etwa Habermas (2011): *Zur Verfassung Europas*, S. 48ff.

10 Vgl. hierzu den Beitrag von Arnd Bauerkaemper in diesem Band: „Überschriebene Erinnerung“.

11 Vgl. Hüther (2014): *Die junge Nation. Deutschlands neue Rolle*, S. 253.

des Rechtsstaats geht weiter,¹² und ein Kompromiss ist vorerst nicht zu erkennen. Kurzum: Die zentrifugalen Kräfte der Transformation seit 1989/91 sind gewachsen, und um sie einigermaßen im Zaum zu halten, bedarf es einer Macht in der Mitte, die balanciert und ausgleicht und die Kraft des Zentripetalen ist. Die Entstehung einer Macht in der Mitte ist also über deren geographische Position hinaus eine Folge dessen, dass der europäische Integrationsprozess zum Stillstand gekommen ist und mit seiner Wiederaufnahme vorerst nicht gerechnet werden kann. Im Gegenteil: Es wird nicht leicht sein, angesichts der aufgeführten Zentrifugalkräfte das erreichte Niveau der europäischen Integration und deren gegenwärtigen Umfang zu halten. Das Aufkommen rechts- wie linkspopulistischer Parteien in allen EU-Mitgliedsländern, die durch eine polemische Ablehnung des Integrationsprojekts miteinander verbunden sind, ist ein untrügliches Indiz für die schwierige Lage, in die das Europaprojekt geraten ist. Die Rolle, die der Macht in der Mitte zukommt, wird deswegen zukünftig noch größer und bedeutsamer werden. Sie hat durch das Erfordernis einer Abschreckung Russlands noch einmal an Gewicht gewonnen.

Das Nachdenken über die Politik Deutschlands als dem Inhaber der Position einer Macht in der Mitte hat zuletzt an Fahrt gewonnen, und dabei hat die undurchsichtige Politik von US-Präsident Trump im Hinblick auf die europäische Sicherheit eine große Rolle gespielt. Mit einem Nachdenken in Wissenschaft und Publizistik ist es freilich nicht getan, sondern die politischen Akteure, zumal die in Berlin, müssen die ihnen zugefallene Rolle auch begreifen und sie akzeptieren. Das ist alles andere als selbstverständlich, denn das heißt, dass sie sich für eine Politik des *investment in common goods* entscheiden und allen nationalpopulistischen Bestrebungen und ihren Narrativen, seien sie nun eher rechts oder stärker links angesiedelt, widerstehen muss. Das wird nur möglich sein, wenn eine starke Mehrheit der Bürger und Wähler ihr in dieser Präferenzentscheidung folgt. Das ist in Deutschland bislang der Fall. Ob das auf längere Sicht so bleiben wird, ist eine politisch offene Frage, eine Frage also, die sich wissenschaftlich nicht beantworten lässt. Was sich indes aus politikwissenschaftlicher Perspektive leicht antizipieren lässt: Die Bereitschaft der deutschen Wähler zum *investment in european goods* sollte nicht überstrapaziert werden, wobei unter solchem Überstrapazieren wohl weniger Herausforderungen durch Akteure außerhalb der EU zu verstehen sind, sondern Probleme innerhalb der EU, die daraus erwachsen, dass Regierungen von Mitgliedsstaaten wesentlich ihre eigenen Interessen durchzusetzen versuchen und sich dabei nicht um die auch ihnen obliegende Sorge um das Gemeinsame, eben

12 Dass es sich dabei nicht um ein auf Polen und Ungarn beschränktes Problem handelt, zeigen Leggewie und Karolewski (2021): *Die Visegrad-Connection*.

die *common goods*, scheren. Wie schnell sich Mehrheiten bilden können oder organisieren lassen, die zum Demolieren von Gemeinschaftsprojekten bereit sind, also zu Disruption anstelle von Integration, haben zuletzt der Brexit, die Wahl Ficos in der Slowakei, der Einflussgewinn von Wilders in den Niederlanden und die Wiederwahl Trumps in den USA gezeigt.

Bibliographie

- Enzensberger, Hans Magnus (2011): *Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas*. Berlin: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2011): *Zur Verfassung Europas*. Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.
- Hüther, Michael (2014): *Die junge Nation. Deutschlands neue Rolle in Europa*. Hamburg: Murmann.
- Krastev, Ivan/Holmes, Stephen (2019): *The Light that Failed. A Reckoning*. London: Penguin.
- Leggewie, Claus/Karolewski, Ireneusz Paweł (2021): *Die Visegrad-Connection. Eine Herausforderung für Europa*. Berlin: Wagenbach.
- Manow, Philip (2018): *Die politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- van Middelaar, Luuk (2021): *Das europäische Pandämonium. Was die Pandemie über den Zustand der EU enthüllt*. Aus d. Niederländ. v. Andreas Ecke. Berlin: Suhrkamp.
- Münkler, Herfried/Münkler, Marina (2016): *Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft*. Berlin: Rowohlt Berlin.
- Münkler, Herfried (2021): Eine Weltordnung ohne Hüter. Afghanistan als globale Zäsur, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 66. Jg., Heft 20/21, S. 63-76.
- Münkler, Herfried (2023): *Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert*. Berlin: Rowohlt Berlin.
- Münkler, Herfried (2025): *Macht im Umbruch. Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts*. Berlin: Rowohlt Berlin.
- Schmierer, Joscha (1996): *Mein Name sei Europa. Einigung ohne Mythos und Utopie*. Frankfurt/Main: Fischer.
- Schwarz, Peter (1994): *Die Zentralmacht Europas. Die Rückkehr Deutschlands auf die Weltbühne*. Berlin: Siedler.
- Sheehan, James (2008): *Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden*. München: C.H. Beck.
- Sloterdijk, Peter (1994): *Falls Europa erwacht. Gedanken zum Programm einer Weltmacht am Ende des Zeitalters ihrer politischen Absence*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Sloterdijk, Peter (2024): *Der Kontinent ohne Eigenschaften*. Berlin: Suhrkamp.